



FDP-Fraktion im Rat der Stadt Hagen
Rathausstr. 11
Trakt B, Raum 201
58095 Hagen

Tel.: 02331-2072380
Fax: 02331-2072091
Mail: kontakt@fdp-fraktion-hagen.de
Web: www.fdp-fraktion-hagen.de

FDP-Fraktion Hagen • Rathausstr. 11 • 58095 Hagen

An den
Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales,
Integration und Demographie
Christian Mechnich
Im Haus

Hagen, 31.08.2026

Betreff: „Hilfsangebote für Frauen“ - SID, 22.09.2026

Sehr geehrter Herr Mechnich,

hiermit stellen wir folgende Anfrage zur Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie am 22.09.2026 gem. §5 GO:

Anfrage

1. Welche spezialisierten Beratungs-, Schutz- und Hilfsangebote für von Gewalt betroffene Frauen bestehen derzeit in Hagen? Bitte für die einzelnen Angebote jeweils Träger, Art des Angebots, Zielgruppe, vorhandene Kapazitäten sowie die finanzielle Beteiligung der Stadt Hagen angeben.
2. Wie haben sich die Fall- bzw. Beratungszahlen bei den unter Frage 1 genannten Einrichtungen in den Jahren 2023 bis 2025 entwickelt und welche Zahlen liegen für 2026 bislang vor? Soweit entsprechende Daten erhoben werden, bitten wir zusätzlich um Angaben zur Auslastung und zu Wartezeiten.
3. Wie stellt sich die Auslastung des Frauenhauses bzw. der Frauenhausplätze in Hagen dar? Wie viele Schutzplätze stehen zur Verfügung und wie viele schutzsuchende Frauen mussten in den Jahren 2023 bis 2025 sowie bislang 2026 aufgrund fehlender Kapazitäten abgewiesen oder an Einrichtungen außerhalb Hagens vermittelt werden?
4. Sind der Verwaltung derzeit konkrete Zugangshürden zu den bestehenden Hilfsangeboten bekannt? Welche Maßnahmen werden gegebenenfalls ergriffen, um bestehende Hürden abzubauen?
5. Welche festen Strukturen zur Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Polizei, Gesundheitswesen, Frauenhaus, Beratungsstellen und weiteren relevanten Akteuren bestehen in Hagen? Gibt es beispielsweise regelmäßige Arbeitskreise, verbindliche

Kooperationsvereinbarungen oder abgestimmte Verfahren für die Vermittlung Betroffener?

6. In welcher Höhe stellt die Stadt Hagen im laufenden Doppelhaushalt Mittel für Beratungs-, Schutz- und Präventionsangebote im Bereich Gewalt gegen Frauen zur Verfügung?
7. Welche der bestehenden Angebote bzw. Projekte sind derzeit nur befristet finanziert oder von zeitlich begrenzten Förderprogrammen abhängig? Sieht die Verwaltung hier Risiken für die Fortführung bestehender Angebote?
8. Wie bewertet die Verwaltung die derzeit vorhandenen Beratungs-, Schutz- und Hilfskapazitäten in Hagen? Bestehen aus Sicht der Verwaltung aktuell Versorgungslücken oder zusätzlicher Bedarf, insbesondere hinsichtlich Schutzplätzen, Beratungsangeboten oder Präventionsmaßnahmen?
9. Welche konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Prävention von Gewalt gegen Frauen sowie der Unterstützung Betroffener sind seitens der Stadt Hagen für die kommenden Jahre geplant? Gibt es hierzu konkrete Ziele, Zeitpläne oder Maßnahmenprogramme?
10. Anhand welcher Kennzahlen oder sonstigen Kriterien überprüft die Stadt die Wirksamkeit der von ihr finanzierten bzw. unterstützten Maßnahmen? Welche Ergebnisse der entsprechenden Evaluationen liegen für die vergangenen drei Jahre vor?
11. Sieht die Verwaltung die Möglichkeit, die in Hagen verfügbaren Hilfs-, Schutz- und Beratungsangebote für von Gewalt betroffene Frauen auf der Internetseite der Stadt an einer zentralen und leicht auffindbaren Stelle gebündelt darzustellen?

Wir bitten um schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Begründung

Gewalt gegen Frauen und Mädchen stellt weiterhin ein erhebliches gesellschaftliches Problem dar. Bundesweit zeigen die Entwicklungen der vergangenen Jahre eine hohe und teilweise steigende Zahl von Fällen häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt. Auch in Hagen kommt es immer wieder zu Fällen von Gewalt gegen Frauen, die deutlich machen, dass Schutz, schnelle Hilfe und niedrigschwellig erreichbare Beratungsangebote von großer Bedeutung sind.

Entscheidend ist dabei nicht allein, dass entsprechende Hilfsangebote grundsätzlich vorhanden sind. Betroffene Frauen müssen diese im Ernstfall schnell finden und tatsächlich in Anspruch nehmen können. Ausreichende Kapazitäten, eine verlässliche Finanzierung, möglichst geringe Zugangshürden und eine funktionierende Zusammenarbeit der beteiligten Stellen sind hierfür wesentliche Voraussetzungen.

Vor diesem Hintergrund möchten wir einen aktuellen Überblick über die vorhandenen Strukturen in Hagen erhalten und insbesondere erfahren, wie stark die bestehenden

Angebote in Anspruch genommen werden, ob ausreichende Kapazitäten vorhanden sind und wo gegebenenfalls Versorgungslücken oder Verbesserungsmöglichkeiten bestehen. Darüber hinaus sollte geprüft werden, ob die vorhandenen Hilfsangebote für Betroffene noch einfacher und zentraler zugänglich gemacht werden können.

Mit freundlichen Grüßen,

Davide Rizzuti
Sprecher der FDP-Fraktion im SID

f.d.R. Daniel George
Geschäftsführer